Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 17. November 1881. Nr. 536.

Deutschland

Berlin, 16. November. Das neueste Beiheft des „Marine-Verordnungsblattes" enthält folgende Nachrichten von den im Auslande weilenden Schiffen und Fahrzeugen der kaiserlichen Kriegsmarine:

S. M. Kbt. „Habicht" verließ am 11. Mai dieses Jahres Apia, um mit dem dortigen Generalkonsul Zembsch eine Informationsreise durch dessen Knsularbereich zu unternehmen. Nachdem im Laufe der Monate Mai und Juni verschiedene Orte besucht waren, ankerte das Kanonenboot bei der Insel Nusa

Unfern von dort auf der der Firma Hernsheim u. Komp. gehörigen Handelsstation Butbut war am 20. Mai der Händler Studenka von einem Salomon-Insulaner erschlagen und beraubt worden, welcher letztere sich alsdann in den Schutz des umwohnenden Tubtubstammes begeben hatte.

Zur Erledigung dieser Angelegenheit wurden in Nusa zunächst Dolmetscher und Ortskundige an Bord genommen und dampfte das Kanonenboot dann am 25. Juli nach der etwa 18 Sm. weiter südöstlich liegenden Handelsstation Kapsu. Von dort aus wurden seitens des Generalkonsuls mit Hülfe der befreundeten Eingeborenen Unterhandlungen eingeleitet, welche die Auslieferung des Mörders bezwecken sollten. Da diese Verhandlungen jedoch keinen Erfolg hatten, dampfte S. M. Kbt. „Habicht" am 26. Juli früh nach dem Strandgebiete des Tubtubstammes. Nachdem aber auch hier abermalige direkte Verhandlungen erfolglos geblieben waren, wurde auf Requisition des Generalkonsuls zu einer Züchtigung des Stammes, welcher dem Mörder Schutz gewährt hatte, geschritten.

Um 8 Uhr Vormittags schiffte sich der Kommandant des Kanonenbootes mit der aus 2 Offizieren und 44 Mann bestehenden Landesabtheilung aus und dirigirte dieselbe, nachdem die Boote an einer günstig gelegenen Stelle auf den Strand gelaufen waren, mit ausgeschwärmten Schützen nach einem unweit im Busche gelegenen Dorfe Das letztere war von sämmtlichen Bewohnern verlassen, ebenso auch die Hütte, welche als diejenige des Mörders bezeichnet war. Man fand sie verrammelt, woraus hervorging, daß ihr Besitzer sich ursprünglich auf die Vertheidigung eingerichtet hatte.

Da bei dem schwierigen dicht verwachsenen Terrain keine Aussicht vorhanden war, der Person des Entflohenen habhaft zu werden, so wurde seine Hütte zunächst in Brand gesteckt und zerstört. Zur selben Zeit wurden an zwei Stellen von Eingebornen aus dem Busch heraus Wurfspeere auf die Mannschaften geworfen, welche jedoch Niemand verletzten. Das hierauf sofort eröffnete Schützenfeuer jagte die Eingeborenen in schleunige Flucht. Alsdann wurde das ganze, aus etwa 20 Hütten bestehende Dorf niedergebrannt und die Tarogpflanzungen, soweit angängig, zerstört. Von den Eingebornen ließ sich Keiner mehr sehen, und da eine Verfolgung, deren Ausdehnung sich gar nicht berechnen ließ, in dem ganz unwegsamen Buschterrain ganz nutzlos gewesen wäre, so kehrte die Landesabtheilung um 10 Uhr an Bord zurück. Hierauf dampfte das Kanonenboot auf etwa 1000 Meter an den Strand heran und feuerte noch drei scharfe Granaten in das brennende Dorf und das umliegende Gestrüpp. Das Platzen dieser Granaten scheint auf die Eingebornen eine große Wirkung hervorgebracht zu haben. Der ganze Tubtubstamm zog sich tief ins Innere zurück und war auch durch Vermittlung anderer Eingebornen nicht mehr zu erreichen. Da demnach weitere Maßnahmen doch nicht zum Ziele geführt haben würden, so kehrte das Kanonenboot „Habicht" am Abend nach Nusa zurück.

Am 28. Juli wurde dieser Ankerplatz wieder verlassen und durch die Steffenstraße nach Meoko gedampft, woselbst das Kanonenboot am folgenden Mittag ankerte. Auf der Nebeninsel Utuan waren am 11. April cr. ein Dr. Kleinschmidt nebst zwei Assistenten, soweit bekannt, sämmtlich Deutsche von Geburt, aus Anlaß eines Streites wegen stipulirter Dienstleistungen, von den Eingeborenen ermordet worden. In dieser Angelegenheit hatten bereits die auf der Duke of York-Gruppe ansässigen Weißen dadurch Justiz geübt, daß sie sich, nachdem sie erfahren, daß die Eingeborenen sich zur Ermordung sämmtlicher Weißen verschworen hätten, im Verein mit einem befreundeten Stamm auf die Insel Utuan begeben und dort eine größere Anzahl Eingeborener erschossen hatten.

Bei der Affaire sollen auch die meisten der bei der Ermordung des Kleinschmidt Betheiligten gefallen sein. Es sollten sich jedoch noch einige der Betheiligten auf Utuan befinden, welche dorthin zurückgekehrt waren, weil sie die Angelegenheit für abgethan gehalten haben mochten

In Verfolgung der Sache stellte der Generalkonsul am 29. Juli Abends die Requisition, am folgenden Morgen vor Tagesanbruch die Insel Utuan mit den Booten des „Habicht" von der Verbindung mit den anderen Inseln abzusperren

Am folgenden Morgen um 5 Uhr fuhren die armirten Boote zur Erledigung dieser Requisition ab, und schon um 7 Uhr 30 Minuten wurde eine der betreffenden Persönlichkeiten von dem Generalkonsul, welcher sich persönlich ans Land begeben hatte, am eine Vorführung des Beschuldigten zu veranlassen, an Bord eingeliefert. Später ist dieser Gefangene in Meoko zum weiteren Verfahren gegen ihn an Land gebracht.

Am 30. Juli verließ S. M. Kbt. „Habicht" Meoko und ankerte am Nachmittag desselben Tages im Hafen von Matupi. Der Kommandant gedachte vom letzteren Orte zunächst nach den Palaos zu gehen und sodann über Yap, Uleai, Ponape und Jaluit nach Apia zurückzukehren, woselbst er etwa Mitte Oktober einzutreffen hoffte.

— Die „N. Allg. Ztg." schreibt: Wie wir hören, hat der Reichskanzler ein Abschiedsgesuch bei Seiner Majestät weder schriftlich noch mündlich eingereicht, sondern nur um die Ermächtigung gebeten, mit den beiden Seiten der voraussichtlichen katholisch-liberalen Reichstagsmajorität in Unterhandlung darüber zu treten, ob und unter welchen Bedingungen sie vereint oder getrennt bereit sein würden, die Leitung der Reichsregierung in die Hand zu nehmen. Der Reichskanzler glaubt hierüber eine Entscheidung herbeiführen zu müssen, bevor er sich entschließt, sein Amt angesichts einer Majorität weiter zu führen, deren Opposition sich wesentlich im Kampf gegen sein Person konzentrirt. Sein, wie uns scheint, berechtigter Wunsch ist, die Verantwortung für eine von unerwünschten Krisen möglicherweise nicht frei zu haltende Minoritätsregierung nicht zu übernehmen, wenn die Gesammtheit oder eine Fraktion der Majorität bereit ist, ihrerseits das Staatsschiff in sicheren Bahnen weiter zu führen. Die Entscheidung Sr. Majestät des Kaisers über diese Anträge wird demnächst zu erwarten sein, sobald der Reichstag konstituirt ist.

— Der Staatsminister Dr. Delbrück hat, der „Trib." zufolge, eine Schrift staatsrechtlichen Inhalts vollendet, deren Erscheinen in Kürze bevorsteht. Sie hat den Art. 40 der Reichsverfassung zum Gegenstande, welcher lautet:

„Die Bestimmungen in dem Zollvereinigungs-Vertrage vom 8. Juli 1867 bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Vorschriften dieser Verfassung abgeändert sind und so lange sie nicht auf dem im Art. 7, bezw. 78, bezeichneten Wege abgeändert werden."

Es handelt sich um die anläßlich der Erörterungen über den Eintritt Hamburgs in das Zollgebiet aufgeworfene Frage, ob neben dem Reiche noch der Zollverein als besondere staatsrechtliche Gemeinschaft fortbesteht.

— Während es dieser Tage hieß, Liebknecht habe die Wahl in Mainz angenommen, wird soeben aus Offenbach telegraphisch gemeldet, daß Liebknecht, einer offiziell daselbst angelangten Nachricht zufolge, die Wahl in Offenbach annehme. Sonach würde der Mainzer Wahlkreis eine Nachwahl zu vollziehen haben. Ueber die Ursachen der Verschiedenartigkeit der Meldungen giebt uns ein weiteres Telegramm folgenden Aufschluß: Das Haupt der Offenbachschen Sozialisten Ulrich hatte im Namen Liebknechts vor der Wahl erklärt, Liebknecht werde für Offenbach annehmen. Dies scheint aber ohne vorherige Verständigung mit Liebknecht geschehen zu sein, so daß dieser sich nicht dadurch für gebunden erachtete und die Wahl in Mainz annahm. Daraufhin reiste Ulrich, wie das „Frankfurter Journal" meldet, vorgestern zu Liebknecht und erwirkte eine Aenderung seines Entschlusses.

— Der Wortlaut jener „Mittheilung der russischen Regierung" über die Einsetzung einer Reorganisationskommission, von welcher der Telegraph ein ausführliches Resumee brachte, bestätigt unsere Auffassung, daß es sich im Wesentlichen bei diesem Erlaß nur um die Errichtung einer neuen Kommission handelt und derselbe keineswegs die Bedeutung habe, welche man ihm regierungsseitig beizulegen wünscht. Von der im Jahre 1859 eingesetzten Kommission zur Verbesserung der inneren Verwaltung in den Gouvernements und Kreisen, welche noch besteht, heißt es in der „Mittheilung der Regierung", daß sie „die allgemeine Aufgabe der systematischen Reorganisation der ganzen Administrativ-Verwaltung in den Gouvernements und Kreisen bis zu gegenwärtiger Zeit nicht gelöst" habe. Die neue, unter dem Vorsitz des Geh. Raths Kochanow eingesetzte Kommission soll die von der Lokalverwaltung aufgestellten Projekte nach einem von dem Ministerkomitee zu prüfenden Programm zusammenfassen. Das Programm wird „die Normirung der Organisation der örtlichen Verwaltung feststellen", unter möglichster Verringerung der einzelnen Institutionen und Behörden und Verstärkung der lokalen kompetenten Behörde und Abschaffung beengender Formalitäten." Um diese Bedingung zu realisiren, soll zunächst eine „Revision der örtlichen kommunalen Institute" erfolgen. Der Zweck dieser „Mittheilung" scheint kein anderer zu sein, als der, die immer unruhiger werdende Stimmung zu beschwichtigen, indem man ihr vorführt, wie sehr dem Minister des Innern eine Reorganisation der Staatsverwaltung am Herzen liegt. Es ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich, daß auf dem in der Regierungsmittheilung skizzirten Wege „die allgemeine Aufgabe der systematischen Reorganisation der ganzen Administrativverwaltung" besser gelöst werde, als auf dem unter Alexander II. eingeschlagenen.

— Der Abgang des Grafen St. Vallier von dem Posten eines Botschafters der französischen Republik in Berlin ist eine vorhergesehene Folge der Ministerveränderung in Frankreich. Graf St. Vallier scheidet offenbar ungern aus seiner hiesigen Stellung und man sieht ihn hier ungern scheiden; nachdem jedoch Herr Gambetta das auswärtige Ministerium übernommen hatte, würde Graf St. Vallier bei seinem Verbleiben einfach in der Luft geschwebt haben. Das persönliche Verhältniß der Herren Gambetta und St. Vallier ist seit langem ein überaus kühles; Herr de St. Vallier würde nicht in der Lage gewesen sein, hier die intimen Anschauungen des Herrn Gambetta zu vertreten und man hätte ihn auch deshalb nicht als den be-

Feuilleton.

Die Tragödie des Wählers.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Gegenwart" in ihrer neuesten Nummer eine hübsche satyrische Plauderei über die Wahlbewegung, welche von „Alt-Haft" unterzeichnet ist. Wir glauben nach dem Styl dieser Plauderei in derselben die Feder eines unserer bekanntesten Humoristen zu erkennen, der aus Gründen zarter Rücksichtsnahme gegen den früheren Redakteur der „Gegenwart", Herrn Paul Lindau, nicht mit seinem Namen in dieser Wochenschrift debütiren wollte. In dieser Plauderei, welche die Wahlbewegung als ein „Drama aus unseren Tagen" behandelt, heißt es nach einer längeren Einleitung:

Der erste Akt zeigt uns den Wähler in seiner ganzen politischen Frühlingsfreude. Noch hat er nicht endgültig Stellung genommen. Er gönnt sich noch einstweilen das schmeichlerische Vergnügen, sich mit gleicher Beflissenheit von allen Parteien umkosen zu lassen. Er ist gegenwärtig der umworbendste Mann im Staate. Keine reiche Erbin, keine Beauté der Gesellschaft kann sich so vieler zärtlichen Versprechungen rühmen, wie der Wähler. Alle Parteien beeilen sich, ihm die Zukunft in Goldgelb und Himmelblau auszumalen — und wenn alle Andern grübelisch in die Nebel der Ferne blicken, so darf allein der Wähler jeder Sorge ledig sein. Denn auf dem Wahlaufruf steht es Schwarz auf Weiß, daß er an der Schwelle des goldenen Zeitalters steht, wenn er nur den empfohlenen Kandidaten wählt.

Der zweite Akt ist schon wesentlich dramatischer. Der Wähler hat Stellung genommen. Jetzt bekommt er nicht mehr nur Honig und Rosenbonbons, sondern auch Wermuth und Latwerge zu schlucken! Jedem Kosenamen seiner Parteigenossen folgt eine Schmähung der Gegner. Bald betrachtet der Wähler jede andere Ansicht über die politische Lage als eine persönliche Beleidigung. Die Bürgerschaft ist in zwei feindliche Lager gespalten — hie Capulet! hie Montecchi! — und auf den Straßen hört man im Vorübergehen Gespräche wie die folgenden:

„Dürfte ich Sie vielleicht für meine ausgegangene Cigarre um etwas Feuer bitten?"

„Ja — wenn Sie mich vergewissern, daß wir über das Tabaksmonopol übereinstimmen . ."

„Vielleicht könnten Sie mir Auskunft geben, wenn die nächste Pferdebahn vorüberkommt?"

„Allerdings — aber ich muß erst wissen, wie Sie über die Verstaatlichung der Eisenbahnen denken . ."

Ein tiefer Hader wühlt in allen Schichten der Bevölkerung und der Wähler holt Abends aus seinem Schranke den beulenreichsten Cylinder, um in Volksversammlungen für die gute Sache das grausamste Bier zu trinken. Die betrübte Gattin aber schreibt schon jetzt auf die Verlustliste des Wahlkrieges eine Anzahl von todtgeschlagenen Nächten.

Der dritte Akt zeigt uns den Wähler auf seiner Scheitelhöhe. Er hat das Höchste erreicht, was der einfache Wähler erreichen kann: er ist Vertrauensmann geworden! Nun darf er Treppauf, Treppab eilen, um die Säumigen zu ermuntern, die Schwankenden aufzurichten und die Andersgesinnten zu bekehren. Er lebt und webt nur noch im Wahlkampf und ist Wähler vom Wirbel bis zur Zehe. Frühmorgens klingelt es bei ihm. Der Klavierstimmer tritt ins Zimmer.

„Was wünschen Sie?" poltert ihm der Wähler entgegen.

„Nun, ich will stimmen!"

„Hier, haben Sie den Stimmzettel!" erwidert unser Vertrauensmann und schiebt den Betroffenen zur Thür hinaus.

In dem Augenblicke wird im Nebenzimmer die Stimme des Hauslehrers laut, der seinem Schüler aus dem Cornelius Nepos übersetzt:

„Nicht mit Reden, Quiriten, sondern mit dem Schwert wollen wir kämpfen. Denn was das Wort nicht vermag, das kann die That . ."

„Kandidat?" stürzt unser Wähler ins Zimmer. „Was sagen Sie von Kandidat?"

Der vierte Akt bringt endlich die Katastrophe. Der Wahltag ist gekommen. Von früh bis Abends ist der Wähler auf den Beinen. Jeder Nerv in ihm ist elektrisch durchzuckt. Endlich in später Stunde kehrt er nach Haus zurück. Auf die Frage der Gattin findet er kaum wirre Laute. Er hat den Sieg gewonnen, aber den Athem verloren. Eine fünfstellige Zahl ist das Letzte, was er in der äußersten Erschöpfung aller Kräfte verlauten läßt . .

Und nun der leidige Schlußakt! Schon beim Durchprüfen der Zahlenergebnisse schwindet ein wenig das stolze Selbstgefühl des Wählers. Diese brutalen Ziffern! Sie verschlingen die individuelle Bedeutung des Einzelwählers in ihrem Zahlenrachen auf Nimmerwiederfinden. Indessen tröstet den Sieger das Bewußtsein des Triumphes und er greift lüstern nach den gegnerischen Blättern, um die Trophäen im Lager der Feinde zu sammeln. Aber welche Enttäuschung erwartet hier den Bedauernswerthen! Es ist die Eigenart der Wahlkriege, daß sie nur Sieger und keine Besiegten erzeugen. Denn allen Ziffern zum Trotz erklären sich die Geschlagenen regelmäßig für die wahren Sieger.

Mit dem Tode seiner politischen Einzelbedeutung endet das Trauerspiel des Wählers und der Vorhang fällt über einem kampfreichen Schauspiel . .

Es erfüllt, wie man sieht, alle Forderungen des Aristoteles: Möge es auch der wichtigsten genügen und — eine Reinigung der Leidenschaften herbeiführen.

rufenen Interpreten der hiesigen Anschauungen Herrn Gambetta gegenüber betrachten können. Der in Paris viel ventilirten Frage des Gehens oder Verbleibens des Herrn de St. Vallier gegenüber hat man sich hier absolut neutral verhalten, daß der seitherige Botschafter große Verdienste um die Herstellung und Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen den zwei Staaten besitzt, ist eine zweifellose Sache, für welche namentlich die freie Bewegung Zeugniß ablegt, die Frankreich in Nordafrika sich gestatten kann. Wie günstig Herr de St. Vallier die persönlichen Beziehungen zu gestalten wußte, ist bekannt. Der vermuthliche Nachfolger des Grafen St. Vallier war, wie wir bereits mittheilten, bis jetzt in den Bureaus des auswärtigen Amtes beschäftigt.

— Die heute ausgegebene Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers, v. Bötticher, über die Reichstagseröffnung ist vom 14. d. datirt und hat folgenden Inhalt:

Nach eingegangener Allerhöchster Bestimmung wollen Seine Majestät der Kaiser den Reichstag am 17. d. M., Nachmittags 1½ Uhr, im Weißen Saale des hiesigen königlichen Schlosses Allerhöchstselbst eröffnen. Der feierlichen Eröffnung wird ein Gottesdienst vorhergehen, und zwar für die Mitglieder der evangelischen Kirche in der Schloßkapelle um 12½ Uhr, für die Mitglieder der katholischen Kirche in der St. Hedwigskirche um 1 Uhr. Die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften werden bei dem Gottesdienste in der Schloßkapelle rechts vom Altar Platz nehmen. Nach beendigtem Gottesdienst begeben sich die Mitglieder des Bundesraths nach dem Grünen Salon, während die Generale, die Wirklichen Geheimen Räthe, die Räthe erster Klasse, die Obersten resp. Regiments-Kommandeure und die vortragenden Räthe in den Ministerien unter der Tribüne auf der Lustgartenseite des Weißen Saals, die Abgeordneten zum Reichstage aber in demselben gegenüber dem Throne Aufstellung nehmen. Für Zuschauer wird ein Theil der Tribüne des Weißen Saales auf der Lustgartenseite eingerichtet sein. Der Aufgang für dieselben findet in der Ecke des großen Schloßhofes zwischen den Portalen III und IV statt. Die Zuschauer-Billets werden in dem Büreau des Reichstags, Leipziger-Straße Nr. 4, zur Vertheilung gelangen.

— Ueber die russische Justiz giebt die „Badische Landeszeitung" eine drastische Darstellung. Das Gerichtsverfahren, schreibt das Blatt, ist heute geradezu ungeheuerlich, besonders durch das prinziplose Durcheinanderwerfen der richterlichen und administrativen Gewalt, so zwar, daß die letztere durchweg vorherrscht. So steht den Gouverneuren der Provinzen das Recht zu, die Distriktstribunale zu revidiren, die Richter und Assessoren in Anklagezustand zu versetzen, ihre Meinungen abzugeben über die vom Kriminalgerichte der Provinz abgeurtheilten Gegenstände, welche Meinung dann zusammen mit dem ganzen bezüglichen Aktenstoß an den Senat wandert; — und jeder Generaladjutant des Kaisers hat das Recht, auf seine Verantwortung hin die Ausführung von Strafurtheilen einzustellen. Das Gerichtsverfahren weist nicht weniger als 11 Instanzen auf, und wenn nach jahrelangem Sollizitiren, das reichliche Spenden aus gefüllter Hand fordert, die zehn ersten überwunden sind, so langt man auf der letzten schließlich beim willkürlichen Entscheide des Zaren an. Auf der einen Seite Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsbarkeit und Geschwornengerichte, — auf der andern Seite eine Praxis, welche mißliebige Personen allen Gerichten entzieht und auf administrativem Wege nach Sibirien sendet; — auf der einen Seite Abschaffung der körperlichen Züchtigung, — auf der andern unaufhörliches Prügeln in der Stille; — auf der einen Seite strenge Abgrenzung der den einzelnen Behörden zustehenden Befugnisse, Trennung der Justiz von der Verwaltung bis in die kleinsten bäuerlichen Gemeindebehören hinab, — auf der andern schrankenlose Willkür der höheren Verwaltungsstellen, die zwischen ihnen unterstellten Polizeibehörden und unabhängigen Gerichten keinen Unterschied machen, und über denen jetzt wiederum eine geheimnißvolle, gleich gewissen Gottheiten nie bei ihrem Namen genannte „Oberinstanz", ganz gleich der früheren obersten Oberinstanz (der dritten Abtheilung) waltet, welche unter Umständen zugleich Administration und Gericht, judex a quo und judex ad quem ist. So lange das Justizwesen nicht geordnet und vertrauenerweckend ist, sagt die „Bad. Landesztg." zutreffend, bleiben alle Reformen ohne Werth, so lange fehlt das Fundament des Staates und der nationalen Kultur, so lange ist es kein Wunder, daß das Zarenreich Zuständen weiterer und unabsehbarer Verwirrung entgegen geht.

Ausland.

Paris, 15. November. Der erste Eindruck der Ueberraschung und Enttäuschung betreffs der Zusammensetzung des Ministerium Gambettas machte bereits wieder einer etwas günstigeren Beurtheilung desselben Platz. Man erkennt an, daß die Homogenität des Kabinets und die persönliche fachmännische Bedeutung der einzelnen Mitglieder und deren Leistungen abzuwarten sei. Bei den Klerikalen hat namentlich die Ernennung Paul Berts starkes Erschrecken hervorgerufen, zumal das Departement des Kultus, bisher mit dem des Innern verbunden, wieder mit dem Unterrichtsministerium vereint worden ist. Die Uebernahme des Auswärtigen Amtes durch Gambetta wird in diplomatischen Kreisen mit ruhiger Sympathie begrüßt, zumal man zu wissen glaubt, daß Gambetta die erste sich darbietende Gelegenheit benutzen wird, um durch eine offene Erklärung im friedlichen Sinne alle etwaigen Besorgnisse nach dieser Richtung hin zu beseitigen. Die von Gambetta in der Kammer abgegebene Erklärung über das ministerielle Programm wird mit vielem Beifall begrüßt und macht den besten Eindruck. Sehr bemerkt werden die Stellen über die Aufrechterhaltung des Konkordats wie über die zu entwickelnden Institutionen der sozialen Vorsorge und Unterstützung. Eine Verfassungs-Revision ist nicht direkt in das unmittelbar durchzuführende Programm mit aufgenommen worden, ebenso wird die Verstaatlichung der Eisenbahnen nur indirekt berührt. Dennoch gilt es für gewiß, daß Gambetta bereits den in großen Grundzügen festgestellten Plan bezüglich des Rückkaufs der Eisenbahnen fertig hat. Eine Revision des Senats dürfte erst später von Gambetta in Angriff genommen werden. Heute bekämpfte Gambetta zunächst auch die Dringlichkeit des Antrages Barodet auf Zusammentritt des Kongresses zwecks Revision der Verfassung. Die Kammer-Majorität von 368 gegen 120 Stimmen verwarf die Dringlichkeit des Antrages und gab damit gleichzeitig eine Art Zustimmungsvotum als Antwort auf die Erklärung Gambettas ab. Im Senat hingegen wurde letztere äußerst kühl aufgenommen. Der Senat zeigt sich lebhaft verstimmt und froissirt über den geringen Antheil an Portefeuilles, welcher ihm zugefallen. Nur Justizminister Cazot ist Senator, daher ist die Haltung des Senats gegen das Ministerium erregt, stark unfreundlich und kalt. Dem Vernehmen nach ist Guichard, Sohn des Deputirten und Freundes Gambettas, auf Empfehlung von Lesseps zum General-Gouverneur in Algier designirt.

Provinzielles.

Stettin, 17. November. Der am 19. Mai d. J. in Belgard durch zwei Hautboisten des Füsilierbataillons des 54. Regiments gemachte Versuch, das der unverehelichten Hulda Groth in Belgard gehörige Wohnhaus in Brand zu stecken, bot gestern Veranlassung zu einer Verhandlung des Schwurgerichts zu Köslin, welche sich bis 10 Uhr Abends ausdehnte.

Die eigentlichen Thäter, die Hautboisten Paul Jabke und Hermann Fährmann, sind wegen ihres Vergehens bereits vom Militärgericht abgeurtheilt und ersterer zu 3 Jahren Zuchthaus, letzterer unter Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zu 1 Jahr Gefängniß resp. Festungsstrafe verurtheilt. Beide haben ihre Strafe bereits angetreten. Dem Civilgericht blieb es vorbehalten, über die Anstifter dieser Brandstiftung abzuurtheilen, und zwar über die verehelichte Maler Hermine Bähr geb. Groth in Köslin und die unverehelichte Hulda Groth aus Belgard (Schwester der vorigen), außerdem stand unter der Anklage, von diesem Verbrechen Kenntniß gehabt, doch die Anzeige, da dies Verbrechen noch verhindert werden konnte, unterlassen zu haben, die verehelichte Anna Aschbach aus Köslin, Tochter aus erster Ehe der Hermine Bähr.

Der Sachverhalt, wie er sich nach der gestrigen Verhandlung darstellt, ist folgender: Die beiden Angeklagten Hermine Bähr und Hulda Groth erfreuten sich nicht besonders guter Vermögensverhältnisse und entschlossen sie sich, nach Amerika auszuwandern. Bevor dieser Plan verwirklicht werden konnte, mußte das der Hulda Groth gehörige Haus kapitalisirt werden. Eine durch den Buchbinder Müller in Belgard gebotene Gelegenheit, welcher das Haus für 13,500 Mk. zu erwerben bereit war, schien ihnen aber nicht vortheilhaft; besser glaubten sie zu fahren, wenn sie das mit 16,500 Mk. versicherte Gebäude in Brand steckten. Zur Ausführung dieses Vorhabens traten die beiden Schwestern zunächst mit ihrer Tochter, resp. Nichte, der mitangeklagten Anna Aschbach, in Verbindung, welcher sie für ihre Hülfe 300 M. versprachen; sie sollte sich in Männerkleidern nach Belgard begeben, um dort die Brandlegung auszuführen. Die Aschbach ging zwar anfänglich auf diesen Vorschlag ein, später lehnte sie indessen ihre Beihülfe ab, da sie fürchtete, entdeckt zu werden, oder gar selbst in den Flammen umzukommen. Es mußte nun für die Abtrünnige Ersatz geschaffen werden und stellte die Hermine Bähr das gleiche Verlangen an den Hautboisten Jabke, welcher mit einer Schwester Bähr's verlobt war und viel im Bähr'schen Hause verkehrte, dort manchmal aß, da ihm die Kasernenkost nicht behagte, auch seine Civilkleider dort aufbewahrte. Jabke erklärte sich zur Uebernahme der Kommission bereit, zog auch seinen Kollegen Fährmann in's Geheimniß, der sich ebenfalls zur Beihülfe bereit erklärte. Es wurde nun ein Plan ersonnen, demzufolge die beiden Brandstifter an einem Tage, der ihnen noch bekannt gegeben würde, in Civilkleider nach Belgard reisen sollten, um dort mit Hülfe der von ihnen mitzubringenden Brandstoffe das dem Jabke bekannte Haus in Brand zu setzen. Diese Verabredungen wurden von den zwei Schwestern in Belgard getroffen, zu welchem Zwecke sich die verehel. Bähr am 15. April und am Bußtage nach Belgard begeben hatte. Zur Ausführung wurde ein Tag ersehen, wenn der alte Groth „verreist", d. h. eine bevorstehende Gefängnißstrafe angetreten haben würde. Als dieser Tag herangekommen war, avisirte dies die unverehel. Groth ihrer Schwester durch eine Postkarte und traf diese sofort die nöthigen Vorbereitungen; sie kaufte das nöthige Petroleum, wozu sie sich das Geld von ihrer Tochter lieh, und mit einer Kiste ausgerüstet, die Petroleum und sonstige brennbare Stoffe enthielt, machten sich Jabke und Fährmann am 19. Mai auf, um ihr Vorhaben auszuführen. Man hatte sogar dem Jabke ein Paar schwarzer, der Groth gehörigen Strümpfe mitgegeben, die er sich über die Stiefel ziehen sollte, um seinen Tritt zu dämpfen; auch wurde verabredet, daß die Bähr die Rückkunft der Brandstifter auf dem Bahnhofe erwarten sollte, um ihm Noten zu bringen, die er brauchte, weil er Abends in einem Privazirkle musiziren mußte.

In Belgard angekommen trieben sich Jabke und Fährmann noch bis zur anbrechenden Dunkelheit auf der Promenade und in den Straßen herum; dann gingen sie ans Werk und zwar hatten sie ihre Rollen derart vertheilt, daß, während Jabke sich auf den Hausboden schlich, Fährmann die Aufmerksamkeit des unten im Hause wohnenden Uhrmachers Wilcke ablenken sollte. Fährmann trat dieser Verabredung entsprechend in den Uhrmacherladen, wo er von der anwesenden Frau Wilcke einen Uhrschlüssel kaufte. Bei dieser Gelegenheit fragte ihn die Frau, was und woher er sei. Fährmann gab sich für einen Knecht aus Pumlow aus und machte sich dadurch der Frau Wilcke verdächtig, welche äußerte, er sehe nicht nach einem Knecht aus. Inzwischen hatte Jabke, der übrigens auch von Hausbewohnern bemerkt wurde, sein Vorhaben ausgeführt und beide Brandstifter fanden sich wieder auf der Promenade zusammen, von wo sie sich auf den Bahnhof begaben, um die Abfahrt des Zuges abzuwarten.

Den erwünschten Erfolg hatten die Brandstifter nun zwar nicht erzielt; das Feuer wurde bald bemerkt und gelöscht, nachdem es nur ein Stück der Diele und einige Treppenpfosten ergriffen hatte. Natürlich lenkte sich der Verdacht sofort auf den Mann mit der Kiste und den Uhrschlüsselkäufer und ein bei Wilcke in Pension befindlicher Gymnasiast, der im Laden anwesend war, begab sich auf den Bahnhof, wo er sich an den dort befindlichen Polizeisergeanten Henske wandte, um die Verhaftung der Verdächtigen zu bewirken; sogar die Groth mußte sich mit auf die Suche nach den Brandstiftern begeben. Dem inquirirenden Polizeisergeanten gegenüber gaben sich die Hautboisten für Kaufleute aus Köslin aus, was sie freilich nicht vor der Verhaftung schützte. Die beiden Hauptangeklagten, die verehelichte Bähr und Hulda Groth leugneten während der ganzen Verhandlung energisch, wurden durch das Geständniß der Anna Aschbach und die Aussagen der aus den Gefängnissen vorgeführten Hautboisten Jabke und Fährmann aber überführt und demzufolge verurtheilt. Die Strafen wurden bemessen für die verehelichte Bähr und Hulda Groth auf je 3 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust auf die gleiche Zeitdauer und für die unverehelichte Anna Aschbach auf 4 Monate Gefängniß, welche indessen als verbüßt erachtet wurden. (Kösl. Ztg.)

Stettin, 17. November. Am Sonntag findet in der Jakobi-Kirche das erste „Geistliche Konzert" des **Stettiner Musik-Vereins** (Dr. A. Lorenz) statt und erhält dasselbe durch die Mitwirkung der wirklich ausgezeichneten Konzertsängerin Frau Amalie **Joachim** aus Berlin einen erhöhten Reiz. Wer sich noch des letzten hiesigen Auftretens dieser mit selten tiefer Empfindung und ergreifendem dramatischen Leben vortragenden Sängerin erinnert, wird es gewiß nicht versäumen, das Konzert des Stettiner Musik-Vereins am Sonntag zu besuchen und nochmals Zeuge der großen Wirkung zu sein, deren die schöne Stimme der Frau Joachim stets sicher sein darf. Daß die Ausführung des Programms von Seiten des gut geschulten mit prächtigen Stimmen reichlich ausgestatteten Stettiner Musik-Vereins die denkbar günstigste sein wird, bedarf bei der bekannten Leistungsfähigkeit dieses Vereins wohl keiner besonderen Erwähnung. Schade nur, daß dies Konzert mit dem Gastspiel des Frl. Rolandt zusammenfällt. Man wird sich an diesem Abend theilen müssen.

— **Stettiner Gartenbau-Verein.** In der Sitzung vom 14. d. wurde beschlossen, im kommenden Jahre, und zwar Anfang April, eine Frühjahrs-Ausstellung zu veranstalten. Dieselbe dürfte hauptsächlich blühende Pflanzen und Bindereien umfassen, und wird hierdurch im Vergleich zu den Herbst-Ausstellungen, wo Blatt- und Dekorations-Pflanzen hauptsächlich vertreten sind, einen überaus freundlichen Eindruck hervorrufen. Eine Kommission von 5 Mitgliedern ist mit dem Entwurf des Ausstellungs-Programms betraut und wird auch betreffs der Lokal-Frage ihre Vorschläge der nächsten Versammlung unterbreiten. Zu einer kleinen Ausstellung hatte sich die Sitzung am Sonntag bereits gestaltet, denn es waren von den verschiedensten Seiten prächtige Pflanzen zur Schau gebracht. Herr Handelsgärtner Gransee war mit 9 prächtig kultivirten Begonia discolor und 2 selbst gezüchteten Spielarten der Theilantera vertreten. Obergärtner Hagge (Kommerzienrath Kreßmann'sche Gärtnerei) brillirte durch prachtvolle Primula chinensis fimbriata globosa. Der Grawitz'schen Gärtnerei (Obergärtner Treuker) waren 3 verschiedene Spezies Adiantum in vollkommenster Kultur entnommen. Die Konsul Kisker'sche Gärtnerei (Oberg. Eichholz) war durch eine Gruppe blühender Epiphillen und Primula chinensis betheiligt, und aus der Gärtnerei Bethanien Oberg. Ziegler) waren ein neueres Caladium und Begonia Mad. Bruant eingeliefert. Durch die Preisrichter wurde Herrn Ziegler der Dank der Gesellschaft ausgesprochen; auf die übrigen Positionen aber Geldprämien von je 3 und 5 Mk. zuerkannt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Lucia von Lammermoor." Oper 3 Akten. Bellevue: „Der Kompagnon." Lustsp. 4 Akten.

Das ungarische Blatt „Egyetertes" meldet aus Rom: „Franz **Liszt** ist gefährlich erkrankt. Die Aerzte befürchten das Schlimmste."

Vermischtes.

— In einem Berliner Maleratelier ereignete sich dieser Tage ein Vorfall, der, von uns dem „D. M.-Bl." entnommen, ganz passend in einem Lustspiel verwendet werden könnte. Ein hoher Offizier und Träger eines fürstlichen Namens hat bei einem bekannten Maler sein Portrait bestellt. Nach einigen Sitzungen, welche für den in den Jahren vorgerückten Kavalier ziemlich beschwerlich wurden, machte der Künstler den Vorschlag, er wolle das Beiwerk: Uniform, Dekorationen zc., in Abwesenheit des Trägers malen. Der Offizier ging willig darauf ein und sandte noch am selben Tage das Nöthige in das Atelier. — Der Famulus des Künstlers, ein in den Mysterien des Farbenreibens und der Junggesellenwirthschaft wohlbewandertes Individuum bekleidete sich mit der geborgten Würde, um seinem Herrn und Meister zu „sitzen". Da geschah es, daß der Künstler sein Modell einige Minuten allein im Atelier ließ, während welcher die Klingel gezogen wurde. Der Diener sprang auf und lief hinaus, um zu öffnen. Zwei hohe ordengeschmückte Offiziere standen sich gegenüber. Der Angekommene — welcher sich wegen des bestellten Porträts erkundigen wollte — erklärte sich das Quiproquo rasch genug, um das Mißverständniß nicht erst zu vergrößern. — Der arme Künstlerfamulus, welcher auch gleich begriff, daß er dem rechtmäßigen Eigenthümer der Uniform gegenüberstehe, fühlte sich nun doppelt unbehaglich, glücklicherweise wurde die Szene durch die Dazwischenkunft des jovialen Künstlers abgekürzt.

Telegraphische Depeschen.

Elmshorn, 16. November. Stichwahl. Gieschen, Fortschr., mit ca. 5000 St. Majorität gewählt.

Gerabronn, 16. November. Stichwahl. Mayer, Volkspartei, erhielt 10,803 St., Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, deutsche Reichspartei, 8049 Stimmen.

Definitive Stichwahlresultate.

Marienwerder. 5. Schwetz. Abgegeben 10 687 Stimmen, davon für von Kosowski, Pole, 5694, für v. Gordon, deutsche Reichspartei, 4979 Stimmen.

Breslau. 5. Ohlau. Abgegeben 15,417 Stimmen, davon für Goldschmidt, Fortschritt, 8937, für v. Frankenberg, deutsche Reichspartei, 6480 Stimmen.

Wiesbaden. 5 Dillenburg. Abgegeben 13,958 Stimmen, davon für Dr. Thilenius, Sezess., 10,310 St., für Ibach, Centr., 3648 Stimmen.

Magdeburg. 3. Jerichow. Abgegeben 18,033 Stimmen, davon für Dr. Greve, Fortschritt, 12,365 St., für von Plotho, kons., 5668 Stimmen.

Rinteln, 16. November. Der Sieg Schläger's, natlib., über Knobel, kons., ist mit etwa 500 Stimmen Majorität zu erwarten.

Baden-Baden, 16. November. Der Großherzog hat die Nacht in ruhigem Schlaf verbracht. Die Temperatur war gestern Abend 35,7, heute früh 37,5 Gr., der Puls von 90 auf 76 Schläge ermäßigt. Der Schweiß war stärker als in der Nacht vorher, aber der Patient fühlte sich weniger ermüdet.

München, 16. November. Die Abgeordnetenkammer berieth heute den Antrag Luthardt auf Bestrafung des Konkubinats. Im Einverständniß mit dem Antragsteller wurde schließlich eine von Marquardsen beantragte motivirte Tagesordnung einstimmig angenommen, welche besagt, daß die Kammer, da die Regierung sich bereit erklärt habe einzuschreiten, über den Antrag Luthardt's zur Tagesordnung übergehe.

Paris, 16. November. Das „Journal officiel" veröffentlicht die Ernennung des General Miribel zum Chef des Generalstabes des Kriegsministers.

Konstantinopel, 16. November. In Folge von Verhandlungen mit englischen Delegirten für die Einwanderungsfrage hat die Pforte den deutschen, russischen und rumänischen Israeliten die Einwanderung in die Türkei, mit Ausnahme Palästina's, unter der Bedingung gestattet, daß sie die türkische Unterthanenschaft annehmen.

Washington, 15. November. Nach den Berichten des Bureaus für Landwirthschaft, welche bis zum 1. d. reichen, stellt sich die diesjährige Baumwollernte erheblich weniger groß als im Jahre 1880 heraus. Die Verminderung derselben beträgt im Vergleich mit dem vorigen Jahre 33 pCt. für Louisiana, 40 pCt. für Texas, 60 pCt. für Arkansas, 30 pCt. für Nordkarolina, 15 pCt. für Florida, 42 pCt. für Tennessee. Eine Vermehrung von 13 pCt. ergiebt sich für Alabama; ein günstigerer Ernteertrag stellt sich auch für Südkarolina, Georgia und Mississippi heraus. Der mittlere Durchschnitt der Weizenernte stellt sich auf 10½ Scheffel per Acre gegen 13¹/₁₀ Scheffel im Jahre 1880, was einen Ausfall von im Ganzen etwa 100,000,000 Scheffeln ergiebt. Die Qualität des Weizens ist eine vorzügliche. Mais ergiebt 20½ Scheffel per Acre, gegen das Vorjahr stellt sich sonach eine Verminderung des Ertrages von 25 pCt. heraus; die Qualität bleibt hinter dem mittleren Durchschnitt zurück. An Cerealien wurden im Oktober d. J. für 14,840,000 Doll., mithin für 11 Millionen weniger als im Oktober 1880 ausgeführt.